

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Max Chopard-Acklin  
Rainstrasse 21  
5415 Nussbaumen  
[www.max-chopard.ch](http://www.max-chopard.ch)



## Bericht aus der Frühlingsession 2014

Die diesjährige Frühlingsession stand für mich stark unter dem Zeichen des durch Zufallsmehr zustande gekommenen Entscheids zur Erleichterung schweizerischer Kriegsmaterialexporte.

### **Erste Woche: Gewässerschutz, Einheitskrankenkasse, Kriegsmaterialexporte**

Thema am ersten Sessionstag war die Änderung des Gewässerschutzgesetzes, mit dem Ziel, rund 100 der insgesamt 700 Kläranlagen nachzurüsten, damit weniger Mikroverunreinigungen in die Gewässer gelangen. **Als Fraktionssprecher hielt ich fest, dass Wasser ein kostbares Gut ist, dem Sorge zu tragen ist.** Um die Finanzierung zur Nachrüstung der Abwasserreinigungsanlagen (ARA) in den nächsten 20 Jahren sicherzustellen, wurde eine zweckgebundene und tragbare Spezialfinanzierung für total 1,2 Milliarden Franken vorgeschlagen. Organische Mikroverunreinigungen durch Stoffe wie Medikamente und Hormone werden heute in den zentralen Abwasserreinigungsanlagen nicht, oder nur teilweise entfernt und gelangen mit dem biologisch gereinigten Abwasser in die Gewässer. Laut der Botschaft des Bundesrates werden bei Fliessgewässern mit einem Abwasseranteil von mehr als 10 Prozent bereits heute organische Spurenstoffe in Konzentrationen gemessen, welche die Fortpflanzung und Entwicklung von Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen beeinträchtigen. Solche Mikroverunreinigungen werden stellenweise auch in ufernahen unterirdischen Trinkwasserfassungen gemessen.

Zum Schutz der Tier- und Pflanzenwelt der Gewässer und auch zum Schutz unserer Trinkwasserressourcen, sind daher zielgerichtet bei Abwasserreinigungsanlagen in kritischen Gebieten technische Massnahmen notwendig, um den Eintrag organischer Spurenstoffe zu reduzieren. Nur die SVP war dagegen. Der Rat stimmte der Optimierung des Gewässerschutzes mit 130 zu 49 Stimmen zu.

**Wer kennt es nicht: Jährlich steigende Krankenkassenprämien.** Die Volksinitiative für eine öffentliche Krankenkasse will dem kostentreibenden Kassen-Dschungel in der Grundversicherung mit rund 60 Kassen eliminieren und dem unsinnigen Pseudowettbewerb einen Riegel schieben. Die unsoziale Jagd auf „gute Risiken“ soll gestoppt werden. Im Rat gerieten sich jene, die an den nicht funktionierenden „Markt“ bei der Krankenkassen Grundversicherung glauben und jene, die die Vorteile einer Einheitskrankenkasse à la SUVA herausstrichen, in die Haare. Letztlich stand nur rot-grün für die Initiative ein. Die Akzeptanz in der Volksabstimmung wird breiter sein.

Unverständlich: **Schweizer Kriegsmaterial soll künftig auch in Länder exportiert werden, in denen man es mit den Menschenrechten nicht so genau nimmt.** Der Nationalrat hat mit einem Zufallsmehr -durch Stichentscheid des Präsidenten- als Zweirat mit 94:93 Stimmen der Förderung von Waffenexporten zugestimmt. Die finanziellen Interessen der Waffenlobby waren stärker als Gewissen und Ethik der Ratsmitglieder. Begründet wurde die Gesetzeslockerung mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Schweizer Rüstungsindustrie. Unglaublich: Noch im Jahr 2000 exportierte die Schweiz Waffen für 200 Millionen Franken, letztes Jahr waren es mit 461 Millionen über das Doppelte. Damit sammeln wir in der Weltgemeinschaft als neutrale Schweiz keine Punkte, weder friedens- noch wirtschaftspolitisch.

### **Zweite Woche: Fragestunde, Vorsorge, Transportpflicht, Empfangsgebühr**

Für die Fragestunde der zweiten Sessionswoche reichte ich drei Interventionen ein. „**Pestizidcocktail in Schweizer Flüssen**“ kommunizierte der Bund im März. Es wurden fünf Fliessgewässer untersucht. Bei allen sind die Grenzwerte überschritten und die Wasserqualität beeinträchtigt. Auch die Surb im Aargau ist betroffen. Ich wollte wissen, ob auch in den Seen mit erhöhter Pestizidbelastung gerechnet werden muss und ob zusätzliche Massnahmen ergriffen werden. Der Bundesrat antwortete, in den grossen Seen würden die Pestizide stark verdünnt und die Grenzwerte daher eingehalten. Die Belastung der Fliessgewässer durch die Pflanzenschutzmittel aus der Landwirtschaft lasse sich nicht mit einer einzelnen technischen Massnahme lösen. Es brauche eine Auslegeordnung zur Risikominimierung und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Danach werde geprüft, ob ein Aktionsplan mit Reduktionszielen sinnvoll sei.

Ebenfalls in der Fragestunde nahm ich die fragwürdigen **Waffenexporte nach der Ukraine und nach Russland** ins Visier. Die Schweiz lieferte an beide Länder seit Jahren Schusswaffen und Munition. Erst nach den Schüssen in Kiew, bei denen gemäss Medienberichten auch CH-Waffen zum Einsatz kamen, wurden Waffenausfuhr-Bewilligungen in die Ukraine gestoppt.

2011 bis 2013 wurden Schusswaffenlieferungen für die Leibwache des russischen Präsidenten bewilligt. Nach meiner Intervention und Medienberichten verkündete der Bund, dass Aufgrund der unsicheren Entwicklung auf der Halbinsel Krim vorerhand keine neuen Bewilligungen für Russland ausgestellt würden.

Die FDP fordert den Ausbau der Altersvorsorge, allerdings nur für gutbetuchte. Eine Motion forderte, dass die maximalen Steuerfreibeträge für jährliche Einzahlungen in die private Säule 3a für Arbeitnehmende auf 12'000 Franken erhöht werden und jene von Selbständigerwerbenden auf 40'000 Franken. Die „Eigenverantwortung in der Altersvorsorge“ sei so zu stärken. Zynisch, denn das können sich nur Reiche leisten. Tatsache ist: **Nur gerade ein Drittel der Männer und weniger als ein Fünftel der Frauen können auf Leistungen aus allen drei Säulen zurückgreifen.**

Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf warnte zudem, dass diese Motion bei der direkten Bundessteuer jährliche Mindereinnahmen von 240 Millionen Franken zur Folge hätte. Trotzdem stimmte der Nationalrat mit 94:85 als Erstrat zu.

Der Nationalrat hält vorerst an der **Transportpflicht im öffentlichen Verkehr** für alle Personen fest. Aufgrund randalierender Sportfans wollte der Bundesrat den Bahnen die Möglichkeit geben, dass Sportclubs dazu verpflichtet werden können, mit Extrazügen an Sportveranstaltungen zu reisen und für mutwillige Schäden zu haften. Dass es Probleme gibt, wurde im Rat anerkannt, die Vorlage fand aber so keine Mehrheit und wurde zur Überarbeitung an den Bundesrat zurückgewiesen.

Im neue Radio- und TV-Gesetz ist festgehalten, dass künftig **grundsätzlich alle Haushalte und Firmen eine Radio- und TV-Abgabe bezahlen**. Bundesrätin Doris Leuthard wies darauf hin, dass man heute auch Sendungen über Computern, Tablets oder Smartphones empfangen könne und diese Entwicklung immer weiter gehe. Haushalte die geltend machen, sie hätten keinerlei Empfangsgeräte, können sich noch in einer Übergangsfrist von fünf Jahren von der Gebühr befreien. Die Empfangsgebühr soll neu rund 400 statt 460 Franken pro Haushalt/Jahr kosten.

### **Dritte Woche: Stipendieninitiative, politische Rechte, Ausschaffungsinitiative**

Der Nationalrat lehnte die „Stipendieninitiative“ aus Studentenkreisen ab. Er will aber das **Stipendienwesen harmonisieren** und nimmt so ein Kernanliegen der Initiative in einen indirekten Gegenvorschlag auf. Darüber hinaus überwies der Rat eine Motion der vorberatenden Kommission, dass die Bundesbeiträge an Stipendien von heute 8% tendenziell erhöht werden sollen, um mehr Kantone zu bewegen, dem Harmonisierungs-Konkordat beizutreten. Als nächstes entscheidet der Ständerat.

Ein Referendum soll künftig nicht mehr daran scheitern, dass zwar in der Referendumsfrist von 100 Tagen die notwendigen 50`000 gültige Unterschriften gesammelt wurden, diese aber wegen dem Beglaubigungsprozess in den Gemeinden oder wegen des Postweges nicht pünktlich in der Bundeskanzlei eintreffen. Die Änderung ist Teil der Revision des Bundesgesetzes über politische Rechte. In der Gesamtabstimmung hat der Nationalrat die Gesetzesvorlage klar angenommen. Stimmt auch noch der Ständerat zu, kommt es damit zu einer **Flexibilisierung zugunsten der Eingangsfrist** gültiger Unterschriften.

Die Debatte zur gesetzlichen Umsetzung der vom Volk angenommenen **Ausschaffungsinitiative** war emotional. Der Nationalrat deckte den Automatismus der SVP-Initiative bei der Ausschaffung straffälliger Ausländer. Das heisst: Die Umstände des Einzelfalls werden nicht mehr geprüft, entscheidend ist einzig das Delikt. Damit wird das in der Bundesverfassung verankerte Prinzip der Verhältnismässigkeit bei Menschen ohne Schweizerpass nicht mehr gewahrt. Ein rechtstaatlich bedenklicher Akt. Schon in früher Jugend lernte ich einmal den Grundsatz: In einem Rechtsstaat sind vor dem Gesetze alle gleich.

Um Druck aufzubauen und weil die SVP mit dem Tempo der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative nicht zufrieden war, lancierte sie im 2012 die **Durchsetzungsinitiative**, mit welcher sie den Delikt katalog und den Automatismus zur Ausschaffung direkt in die Bundesverfassung schreiben will. Der Nationalrat empfahl die Durchsetzungsinitiative zur Ablehnung und erklärt sie für teilweise ungültig. Ein Absatz aus der Initiative, der das zwingende Völkerrecht definieren will und damit sowohl mit der Verfassung wie auch mit dem Völkerrecht in Konflikt stünde, soll gestrichen werden. Da bei der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative der Wille der Initianten trotz grössten Bedenken der Rechtstaatlichkeit aufgenommen wurde, müsste die SVP ihre „Durchsetzungsinitiative“ nun eigentlich zurückziehen. Ein Antrag der forderte, dass das Gesetz erst in Kraft treten soll, wenn die SVP ihre Durchsetzungsinitiative zurückgezogen hat, fand im Rat dann auch eine Mehrheit.

Auch das gehört dazu und mache ich gerne: Einer Gewerkschaftsgruppe und zwei Aargauer Schulklassen stand ich beim Bundeshausbesuch Rede und Antwort.

*Max Chopard-Acklin, im März 2014*